

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951

22 (26.1.1951)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.)
Abbestellungen können nur bis 23 auf den Monatsersten angenommen werden.

8./52. Jahrgang

Freitag, den 26. Januar 1951

Nr. 22

Holländische Offiziere entrüstet

Den Haag im Zeichen einer Doppel-Krise
Den Haag (UP). Königin Juliana von Holland bemühte sich in Unterredungen mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten erneut darum, die durch den Rücktritt des Kabinetts Drees hervorgerufene Regierungskrise bald zu beenden. In manchen politischen Kreisen wird die Ansicht geäußert, daß die Krise am schnellsten dadurch gelöst werden könnte, wenn der zurückgetretene Premierminister Drees erneut mit der Kabinettsbildung beauftragt werde. Die von ihm zu bildende Regierung sollte nicht an Parteien gebunden sein. In diesem Falle könnte auch der frühere Außenminister Stikker wieder die Geschäfte des Außenministers führen, da er dann nicht als Vertrauensperson der Liberalen, sondern als technischer Minister fungieren würde. In diesen Kreisen ist man auch der Ansicht, daß es zwecklos sei, etwa den liberalen Parteiführer Oud, der den Sturz der Regierung verursacht, mit der Regierungsbildung zu beauftragen, da dieser nur wenig Aussichten habe, ein Kabinett zustande zu bringen.

Eine militärische Krise, die gleichzeitig mit dem Rücktritt der Regierung zum Durchbruch kam, hat sich inzwischen weiter ausbreitet. Die holländischen Militärs sind entrüstet über die Art, in der die Entlassung des bisherigen Generalstabschefs Kruls durchgeführt wurde. 16 hohe Offiziere haben schon jetzt um ihre Entlassung gebeten und eine Anzahl anderer trägt sich mit dem Gedanken, ebenfalls ihre Ämter niederzulegen. Es scheint, als gründe sich die Entrüstung der Offiziere im wesentlichen auf die Tatsache, daß der zum Nachfolger Kruls ernannte Oberst Hesselman, der zum Generalintendant ernannt wurde, eine ganze Reihe dienstalter Offiziere überfügte.

Sozialpartner über Mitbestimmungsrecht einig

Erfolgreicher Ausgang der Bonner Verhandlungen — Gefahr eines Streiks gebannt

Bonn (UP). Fünf Gewerkschaftler unter der Führung von Dr. Bückler und fünf Vertreter der Unternehmer — unter ihnen Heinrich Kost von der Deutschen Kohlenbergbauleitung und der Kölner Banker Pferdmeier — haben nach vierstündiger Konferenz unter Vorsitz Bundeskanzler Adenauers eine Einigung über die Regelung des Mitbestimmungsrechtes in der Grundstoffindustrie erzielt. Die Gefahr eines Streiks von 800 000 Berg- und Metallarbeitern scheint damit gebannt.

Die zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern getroffenen Vereinbarungen über die Lösung des Mitbestimmungsproblems bei Kohle und Eisen werden jetzt vom Bundeskabinett unverzüglich an Bundesrat und Bundestag geleitet, um möglichst schnell eine gesetzliche Regelung dieser Frage zu erzielen. Die Einigungsformel für die Besetzung der Aufsichtsräte in den entflochtenen Betrieben von Kohle und Eisen sieht die Bildung eines elfköpfigen Gremiums vor, dem je fünf Vertreter der Unternehmerrschaft und der Arbeitnehmer angehören. Das elfte Mitglied des Aufsichtsrates wird auf Grund einer besonderen „Soll-Kann“-Vorschrift entweder von der Hauptversammlung oder von den zehn anderen Aufsichtsratsmitgliedern gewählt. Kommt es zwischen diesen zehn zu keiner Einigung über das elfte Ratsmitglied, müssen sie einen besonderen Senat um Entscheid anrufen.

Für Eisen und Kohle werden je ein Senat aus drei Vertretern der Unternehmer und drei

Arbeitnehmern und einem Vertreter der öffentlichen Hand gebildet. Dem Senat müssen jeweils sechs Vorschläge für den elften Mann von den Unternehmern und den Arbeitnehmern vorgelegt werden. Aus diesen zwölf Vorschlägen wählt der Senat dann das elfte Aufsichtsratsmitglied. Kann sich auch der Senat nicht einigen, trifft die Bundesregierung die Wahl aus den zwölf Vorschlägen.

Die sogenannten Arbeits- oder Sozialdirektoren sollen grundsätzlich gleichberechtigt im Vorstand der von dieser Regelung betroffenen Unternehmen der Eisen- und Kohleindustrie vertreten sein. Sie unterliegen jedoch einer gewissen Bewährungsfrist.

Der überraschende Ausgang der Verhandlungen wird in Bonn als „großer Erfolg der Vermittlungskunst Adenauers“ gewertet. In Regierungskreisen nimmt man an, daß die Gewerkschaften den angedrohten Streik in den Bergwerken und Eisenwerken wieder abblasen. Am Freitag werden Arbeitnehmer und Arbeitgeber noch einmal in einer kleineren Arbeitsgruppe die Einzelheiten genau festlegen.

„Friede muß verteidigt werden“

Ein Hirtenbrief des Kölner Erzbischofs
Köln (UP). Zur Verteidigung des Friedens durch die friedliebenden Völker fordert der Kölner Erzbischof, Kardinal Frings, in einem Hirtenbrief zur Fastenzeit auf: „Wer den Frieden will“, so betont der Kardinal, „muß auch zur Verteidigung des Friedens bereit sein. Friede unter kommunistischer Herrschaft ist kein Friede.“ Der Papst habe wiederholt erklärt, der Kommunismus sei weder mit christlichem Denken, noch mit der primitivsten Menschenwürde vereinbar. Zweifellos wäre es „das Idealfest“, wenn die gesamte Welt abrüste. So lange diese Lösung aber nicht erhofft werden könne, müßten die friedliebenden Völker zu allen Opfern bereit sein, die zur Verteidigung ihrer Freiheit und Menschenwürde erforderlich seien.

Auf Niederlage folgte Sieg

Julin wird Generallinspekteur

Paris (UP). In der französischen Nationalversammlung erlitt die Regierung P. Leven im Zusammenhang mit einer Verfahrensfrage eine Niederlage. Mit 543 gegen 42 Stimmen beschloß die Versammlung, sofort eine Vorlage zu beraten, die eine Erhöhung der Pensionen für adgeschiedene Arbeiter fordert. Budgetminister Faure hatte eine Verabredung verlangt. Die Niederlage bedeutet nicht, daß Leven und sein Kabinett zurücktreten müssen, da es sich nur um eine Verfahrensfrage handelte. Kurz nach der Abstimmung unterbrach die Nationalversammlung die Sitzung, um Faure Gelegenheit zu geben, mit P. Leven über die finanziellen Folgen einer Erhöhung der Pensionen zu beraten. Nach Wiederbeginn der Beratungen entsprach die Nationalversammlung überraschend der Forderung der Regierung und stimmte mit 315 gegen 225 Stimmen für eine Verschiebung der Debatte um zwei Wochen.

Das französische Verteidigungsministerium gab die Ernennung General Julins zum Generallinspekteur aller französischen Streitkräfte bekannt. Der General wurde gleichzeitig ernannt, Frankreich in allen hohen militärischen Körperschaften einschließlich des Militärausschusses des Atlantikpaktes zu vertreten und ist in seinem neuen Amt nur Ministerpräsident Leven und Verteidigungsminister Moch verantwortlich.

Für und wider die freie Marktwirtschaft

Kontrollmaßnahmen in der Rohstoffindustrie — Lehr fordert Bundesgrenzschutz

Bonn (UP). Zu einer lebhaften Auseinandersetzung über grundsätzliche Fragen der Wirtschaft kam es zwischen dem Bundeswirtschaftsminister und Vertretern der Opposition vor der Verabschiedung des sogenannten Wirtschaftssicherheitsgesetzes im Bundestag.

Die Gesetzesvorlage der Regierung für Sicherungs- und Überleitungsmaßnahmen auf einzelnen Gebieten der gewerblichen Wirtschaft, wurde von SPD-Sprecher Bleiß als ein Zeichen der Abkehr von der freien Marktwirtschaft begrüßt. Bundeswirtschaftsminister Erhard stellte demgegenüber fest, die vorgesehene Ermächtigung der Regierung, die Erzeugung und Verarbeitung von gewissen Rohstoffen und die Verwendung von Erzeugnissen der gewerblichen Wirtschaft zu kontrollieren, sei durch die internationale Entwicklung bedingt, bedeute keineswegs einen Bruch mit der freien Marktwirtschaft.

Der SPD-Sprecher bezeichnete die bisherige Wirtschaftspolitik Erhards als eine „unorganische Marktwirtschaft“. Die Vorlage des Sicherheitsgesetzes beweise, daß die westdeutsche Wirtschaft in eine Rohstoffklemme geraten sei, und man sich mit den sogenannten „marktkonformen“ Mitteln nicht mehr zu helfen wisse.

Der Bundeswirtschaftsminister erwiderte, die Rohstoffversorgung sei trotz der verstärkten Nachfrage und trotz der teilweise betriebenen Hortung gesichert. „Die Bevölkerung“, so fuhr Erhard zur SPD gewandt fort, „neigt zur Zeit zur Hortung, weil sie die Einführung ihrer Planwirtschaft befürchtet“. Der Minister führte dann England als Beispiel dafür an, daß die Planwirtschaft mit den herrschenden Schwierigkeiten nur schwer oder gar nicht fertig werde. Dazu komme in Deutschland die immer noch bestehende und hemmende alliierte Kontrolle über die deutsche Rohstoffwirtschaft.

Das Wirtschaftssicherheitsgesetz wurde mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung empfahl Bundesinnenminister Lehr, das Gesetz über die Errichtung von Bundesgrenzschutzbehörden als notwendig für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit zu billigen. Der „illegalen Einwanderung von aufrührerischen Elementen aus dem Osten“ müsse durch die Schaffung einer wirksamen Bundesgrenzpolizei begegnet werden. Lehr bedauerte in diesem Zusammenhang, daß es bei den Verhandlungen des Bundes mit den Ländern über die Aufstellung einer Bereitschaftspolizei von 10 000 Mann immer noch nicht zu einem Ergebnis gekommen sei.

SPD-Sprecher Menzel wandte sich gegen den „verfassungsmäßig illegalen Weg“ der Bundesregierung, zu einer Polizei zu kommen. Das Bundesgesetz sehe nur die Errichtung von Bundesgrenzschutzbehörden vor. Die SPD trete für eine Änderung des Grundgesetzes ein, um die verfassungsmäßige Grundlage für die Schaffung einer regulären Bundespolizei zu schaffen.

Der Bundestag entschied sich für Überweisung des Gesetzentwurfes an den Ausschuss für innere Angelegenheiten.

Ein Antrag der Zentrumsfraktion, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, bei der Hohen Kommission die Rückgabe der Insel Helgoland zu erwirken, wurde erneut abgesetzt. Zum Abschluß der 113. Sitzung hob

der Bundestag die Immunität des kommunistischen Abgeordneten Renner auf, weil er die Verkehrsvorschriften nicht beachtet hatte.

Bonn erwartet Einladung

Die Bundesregierung wird, wie von maßgeblicher Seite mitgeteilt wird, die angekündigte Einladung zu einer westeuropäischen Verteidigungskonferenz in Paris annehmen, wenn ihre absolute Gleichberechtigung bei diesen Verhandlungen garantiert erscheint. Man erwartet, daß die Einladung zu der Konferenz — die Anfang Februar beginnen soll — noch in dieser Woche eintrifft. Sollte die Bundesrepublik mit einer Delegation in Paris vertreten sein, gilt es als möglich, daß entweder Sicherheitskommissar Blank oder Staatssekretär Hallstein mit deren Führung beauftragt werden. Bundeskanzler Adenauer wird wahrscheinlich vor einer endgültigen Zusage der Bundesregierung mit den Fraktionen des Bundestages Fühlung nehmen. In Kreisen der sozialdemokratischen Opposition wird bemerkt, daß die Bundesregierung besser daran läge, wenn sie sich vor der Entsendung einer Delegation der Zustimmung des Bundestages versichern würde.

Die Pariser Konferenz soll sich bekanntlich mit den Möglichkeiten der Bildung einer Europa-Armee auf der Grundlage des sogenannten Pleven-Planes beschäftigen. Diese Armee soll dann als integrierender Bestandteil der Atlantikpaktarmee auftreten.

Nowack Bundespressechef?

Der Bundestagsabgeordnete der FDP, Dr. Nowack, der in letzter Zeit als neuer Bundespressechef genannt wurde, hatte eine erste informatorische Besprechung mit dem Bundeskanzler.



Bundeskanzler traf mit Eisenhower zusammen

Zu Ehren des Oberbefehlshabers der Atlantikpakt-Streitkräfte gab der Hohe Kommissar McCloy in Bad Homburg einen Empfang, zu dem neben alliierten Gästen Vertreter der Bundesregierung, der Länderregierungen und der Parteien geladen waren. Unser Bild zeigt McCloy, Bundeskanzler Adenauer und General Eisenhower im Gespräch.

Kampf im Zwielficht

Teheran (UP). Dem Premierminister des Iran, General Ali Razmara, wurde im iranischen Parlament mit überwältigender Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen. Razmara erklärte, er habe die wirtschaftlichen Verhältnisse des Iran und seine Beziehungen zu den Nachbarländern verbessert. Die Opposition hatte die Nationalisierung der iranischen Ölindustrie gefordert. Ein Vorschlag der anglo-iranischen Öl-Gesellschaft auf Zahlung einer höheren Konzessionssumme ist vom Parlament noch nicht ratifiziert worden.

Ostliche Politik versteht es, geschickter im Zwielficht zu verhandeln als westliche, die zu vielen Kontrollinstanzen untersteht. Als letzten Sommer überraschend sowjetisch-iranische Verhandlungen angekündigt wurden und auch begannen, hob ein Hätscher an, das auch einige Monate später bei ihrem Ende nicht wirklich befriedigt wurde. Die Ergebnisse waren zu betont harmlos. Zwei Staaten, die sich Jahre hindurch in feindlicher Abgeschlossenheit gegenüberstanden und in offenbar unüberbrückbarem Gegensatz verharrten — von denen sich der schwächere noch dazu unter die schützenden Fittiche der USA begeben zu haben schien —, schlossen plötzlich ein Handelsabkommen ab, das sich als Zusatzabkommen zu einem längst vergessenen des Jahres 1946 ausgab und lediglich einen Umfang von 20 Millionen Dollar erreichen wollte. Darin traten so harmlose Posten auf wie Reis und Trockenfrüchte auf der persischen und Industrieerzeugnisse und Zucker auf der russischen Seite. Ölfragen wurden angeblich nicht behandelt und Geheimprotokolle abgestritten. Die von den Russen gefangenen Grenzsoldaten sollten zurückgegeben werden und demnächst auch die 11 Tonnen das bei der Besetzung von 1941 abtransportierten Staatsgoldes.

Das ist alles? Man muß sich erinnern: Im Jahre 1945 weigern sich die Russen, vertragsgemäß die Provinz Aserbeidschan (Täbris) zu räumen; 1946 schalten sich die UN ein, aber die Russen weigeln Kurden und turkvolkische Stämme zu einer Unabhängigkeitsbewegung auf, für die noch nach dem Abzug der Russen der Sender Baku die Anweisungen gibt. Die Regierung von Teheran verpflichtet sich schließlich zu einem Vertrag, der den Russen bis zum Jahr 1971 eine Erdölkonzession mit Mehrheitsrechten, bis 1996 mit Minderheitsrechten erteilt; dafür ziehen die Besatzungstruppen ab. Aber 1947 weigert sich das Parlament, dem zuzustimmen, nachdem General Razmara, der heutige Premier, Aserbeidschan gewaltsam befriedet hat.

Seitdem hat Propagandakrieg geherrscht, starren die 2000 Grenzkilometer von Waffen, arbeitet der Kommunismus im Lande, nicht zuletzt mit Attentaten; die Universität Taschkent ist für die Agenten zuständig. Die Russen protestieren in schärfster Form, noch im Juli 1950 behaupten sie, Amerika treibe im Grenzgebiet Luftspionage und rüste in Iran gegen die UdSSR — das sowjetische Erdölzentrum liegt 100 Kilometer entfernt. Vergangenen Sommer dann ein dramatisches Verhandlungsangebot mit einer Frist von zwei Tagen. Nach drei Monaten kommen Reislieferungen heraus und die „Iswestija“ in Moskau lobt den Kaiserstaat für sein Wohlverhalten. Dabei hat Teheran die Übertragungen der „Stimme Amerikas“ und der „BBC-Sendungen“ angeblich doch nur deshalb verboten, weil die Amerikaner nicht die fünf Sender gebaut hätten, die Voraussetzung für die Senderlaubnis gewesen seien.

Amerika hatte 250 Millionen Dollar versprochen — auch Panzer, Instrukteure kamen, aber keine Psychologen. Sie sahen einen feudal-primitiven Staat, in den sie sofort westliche soziale, kulturelle und wirtschaftliche Vorstellungen zu pflanzen suchten. Aber siehe da, das Land der Großgrundbesitzer besaß Bettler, die sogar altpersische Dichter zu rezitieren wußten und sich den Zivilisationsaposteln gegenüber spröde erwiesen. Sie verloren rasch die Lust und schrieben Persien ab; es hatte doch zu gehorchen, wenn es nicht von Rußland übergeschluckt werden wollte. Es war ein Hochmut wie im Falle Korea vor dem Einfall.

War es nicht fast so wie in der Türkei? Da wollte man auch modernisieren, umformen, wenn auch nur im Heer, und Generalstabschef Azim Gündüs hielt doch Reiterregimenter und bis zu gewissem Grade landesüblich improvisationsfähigen Nachschub des tellurischen Erbaltens wert, weil anatolisches Klima und Bodenbeschaffenheit eine Vollmotorisierung nicht vertragen. Fast wäre da auch die Türkei schon abgeschrieben worden und General Bradley erklärte, man werde Kleinasien wohl im Ernstfall aufgeben müssen... bis Korea die Tüchtigkeit türkischer Soldaten und die Richtigkeit der Ansichten des freilich längst abgestiegenen Generalstabschefs erwies.

Die Perser hatten vergeblich auf Panzer ge-

hofft — die erste Lieferung traf erst in einem Hafen am Persischen Golf ein — aber da sie so schwer erziehbar waren, schienen sie nicht viel wert. In diese psychologisch schwierige Situation hinein kamen die sowjetischen Verhandlungswünsche und waren willkommen. Die Iraner sahen auf Korea, auf die europäischen Wünsche und fühlten sich schwer verlassen. War es klug, daß die Amerikaner über den Schwierigkeiten der Erziehungsmission vergaßen, daß Iran Öl heißt, und daß die Erdölreserven der Zukunft um den Persischen Golf liegen?

Man möchte annehmen, daß sie noch immer viel in der Hand haben, denn die Perser wollen ausreichend gestützt sein. Kaufleute wie Wehrwirtschaftler wissen: Rußland fördert 35 Millionen Tonnen Öl — in Südiran fördern die Engländer allein 25 — Aserbaidshan gilt als gleich reich und liegt vor Rußlands Haustür.

M. B.

Das Geheimnis um Ramcke

„Wohlbehaltene außerhalb Frankreichs“

Paris (UP). Aus Kreisen eines französischen Militärgerichtshofes verlautet, es sei durchaus möglich, daß der ehemalige deutsche General Hermann Ramcke aus einem Pariser Hotel entführt worden sei. Wenige Tage vor dem Verschwinden hätten drei mysteriöse Deutsche Ramcke in seinem Hotel aufgesucht und lange Zeit mit ihm konferiert. Dieser Vorgang mache die Annahme, daß der ehemalige General entführt wurde, sehr wahrscheinlich. — Es dünne aber auch sein, daß Ramcke geflohen sei oder daß er eine Reise angetreten habe, mit der Absicht, wieder zurückzukommen. Die in Kiel lebende Frau Ramckes bestätigte jedoch, wie von dort verlautet, daß der verschwundene General nicht mehr in Frankreich sei, sondern sich wohlbehaltend außerhalb dessen Grenzen befinde. Frau Ramcke will jedoch aus naheliegenden Gründen nicht verraten, wie es ihrem Mann gelang, das Ausland zu erreichen und wo er sich gegenwärtig aufhält. Sie äußerte die Auffassung, daß er möglicherweise deshalb verschwunden sei, weil die vom zuständigen Präfekten in Versailles gewährte Aufenthalts-erlaubnis am 2. Januar abgelaufen und nicht erneuert worden sei. Die französischen Behörden hatten dem General bis zum Beginn seines Prozesses in der Nähe von Paris bedingte Freiheit (Liberté provisoire) zugestimmt.



H. HERMANN RAMCKE

„Jugoslawien stark genug“. Der US-Abgeordnete Kennedy erklärte auf einer Pressekonferenz in Belgrad, Jugoslawien sei „stark und entschlossen“ genug, um einem Angriff der Sowjetunion so lange standzuhalten, bis der Westen die erforderliche Hilfe organisieren könne.

US-Organisationen protestieren. Vierzehn Organisationen der Vereinigten Staaten haben in einem Telegramm an Grotewohl gegen die bevorstehende Hinrichtung des achtzehnjährigen Flade, der wegen antikommunistischer Aktivität in der Sowjetzone zum Tode verurteilt wurde, Protest eingelegt.

Im polnischen Zentralgefängnis gestorben. Rund 8000 bis 10 000 deutsche Häftlinge seien im polnischen Zentralgefängnis Breslau-Kletschkau gestorben, will ein dort bis vor kurzem inhaftierter Heimkehrer wissen. In einem Bericht an den Kampfband gegen die Unmenschlichkeit erklärte er, daß fast 3000 von ihnen erschossen worden seien.

London für weitere Verhandlungen

Jebb unterstützt indische Forderung — US-Antrag auf Brandmarkung Peipings soll zurückgestellt werden

Lake Success (U.). Der indische Delegierte Sir Benegal Rau appellierte im Politischen Hauptausschuß der UN-Generalversammlung an die Vereinten Nationen, Verhandlungen mit der kommunistischen Regierung Chinas aufzunehmen und forderte dann den arabisch-asiatischen Vorschlag einer Siebenmächte-Konferenz vor dem amerikanischen Antrag auf Brandmarkung Chinas als Aggressor zu behandeln.

Der britische Delegierte Sir Gladwyn Jebb erklärte darauf, auch er sei der Ansicht, daß der arabisch-asiatische Antrag vor dem amerikanischen Resolutionsentwurf behandelt werden müsse. Er kam dann auf die amerikanische Forderung nach Sanktionen gegen China zu sprechen und sagte, daß die britische Regierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt Strafmaßnahmen ablehne, bis die Situation weites geklärt sei. Jebb gab zu, daß in dieser Angelegenheit Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Washington bestehen. Nach Ansicht der britischen Regierung gehe aus der letzten Botschaft der kommunistischen Regierung Chinas folgendes hervor:

1. Der Abschluß eines Waffenstillstands vor Beginn von Verhandlungen über andere Fragen wird von Peiping nicht grundsätzlich abgelehnt, China ist zumindest mit einem zeitweiligen Waffenstillstand einverstanden.

2. Peiping hat „einigermaßen klar“ zu verstehen gegeben, daß es mit dem Abzug aller ausländischen Truppen aus Korea auch die chinesischen „Freiwilligen“ meint.

Aus den Erklärungen Peipings gehe aber nicht klar hervor, ob das kommunistische China vor Beginn von Verhandlungen einen Sitz in den Vereinten Nationen beanspruche.

„Die Peiping-Regierung“, fuhr Jebb fort, „betrachtet sich selbst — nach Ansicht meiner Regierung zu recht — als legitimierte Vertretung Chinas. Wie meine Delegation schon oft erklärt hat, handelt es sich hier nicht um eine Frage der Moral oder des Verhaltens, sondern um eine Tatsache. Wenn die einfache Wahrheit festgestellt wird, könnte meiner Ansicht nach viel überflüssige Aufregung vermieden werden.“

Sind wir dessen sicher, daß Peiping das letzte Wort gesprochen hat? Von manchen wird die Antwort Peipings als Ablehnung

ausgelegt. Doch selbst wer diese Ansicht vertritt, kann gegen weitere Fühlungsnahmen nichts einzuwenden haben. Es ist unwahrscheinlich, daß wir uns alle über eine Auslegung oder über einen Vorschlag für unser weiteres Verhalten einigen werden. Das beste Ergebnis unserer Bemühungen wird das sein, das sich aus gemeinsamen Beratungen und gegenseitigen Konzessionen ergibt.“

Auch der britische Delegierte forderte dann weitere Fühlungsnahmen mit der kommunistischen Regierung Chinas, bevor der Ausschuß den amerikanischen Antrag auf Brandmarkung Chinas als Aggressor in Korea weiter behandle.

Der sowjetische Delegierte Tsarapkin erklärte anschließend, daß seine Regierung mit dem arabisch-asiatischen Vorschlag auf Abhaltung einer Siebenmächte-Konferenz zur Beilegung des Konflikts im Fernen Osten einverstanden sei, obwohl sie auch diesen Vorschlag als unzureichend betrachte.

Der Politische Ausschuß vertagte sich dann und beschloß, am Freitagnachmittag wieder zusammenzutreten.

Truman nimmt Stellung

Während der Politische Ausschuß der UN-Generalversammlung die Debatte über den US-Antrag auf Brandmarkung Chinas als Aggressor und den Vorschlag des arabisch-asiatischen Blocks auf Abhaltung einer Siebenmächte-Konferenz fortsetzte, erklärte, wie aus Washington verlautet, Präsident Truman in einer Pressekonferenz u. a.: „Botschafter Austin hat die Ansichten unserer Regierung und unseres Volkes über die Aggression der chinesischen Kommunisten voll und eindrucksvoll dargelegt. Jedes Mitglied der Vereinten Nationen muß über diese Angelegenheit selbst die Entscheidung treffen. Ich selbst bin der Ansicht, daß man einen Aggressor einen Aggressor nennen sollte. Die Frage, was gegen die Aggression in Korea getan werden sollte, muß natürlich mit allen anderen befreundeten Nationen besprochen werden. Offensichtlich ist dies nicht die Zeit für unbesonnene oder unkluge Maßnahmen. Ich möchte noch einmal betonen, daß die amerikanische Entscheidung die Methode in sich schließt, durch die ein Waffenstillstand herbeigeführt und der Weg für eine friedliche Regelung der Streitfragen geöffnet wird.“

Im Feuerhagel der Kriegsschiffe

UN-Flotte beschießt Hafen von Seoul — „Versteckspiel“ in den Bergen

Tokio. Ein großer Verband amerikanischer, britischer und anderer alliierter Kriegsschiffe beschloß Intschon, den westkoreanischen Hafen von Seoul. Kreuzer und Zerstörer überschütteten die bereits stark zerstörte Stadt mit achtschüssigen Granaten und solchen kleineren Kalibers. Einzelheiten über diese Flottenaktionen sind bis jetzt nicht bekanntgeworden.

Die alliierten Truppen setzten den von dem neuen Oberkommandierenden der 8. Armee, Generalleutnant Ridgway angeordneten „Feldzug der gewalttätigen Aufklärung“ fort. Dabei wurde das Geheimnis des kommunistischen Versteckspiels zu einem kleinen Teil geklärt.

Als eine Kolonne alliierter Truppen erneut bis nach Hoengson, das nur noch 33 Kilometer von 38. Breitengrad entfernt liegt, vordrang, entdeckten Aufklärungsflugzeuge, daß diese Verbände auf ihrem schnellen Marsch durch ein Gebiet vorgestoßen waren, das von Kom-

munisten wimmelte, die sich in den umliegenden Bergen versteckt hielten, ohne die Kolonne anzugreifen.

Jagdbomber stiegen sofort auf und griffen kommunistische Abteilungen von 40 bis 500 Mann an, die sich hinter und in den Flanken der alliierten Kolonne befanden.

Ziel der alliierten Aufklärungsverbände ist, etwas über die kommunistischen Absichten an der koreanischen Westfront zu ermitteln. Die Frage, was die auf 400 000 Mann geschätzten kommunistischen Chinesen und nordkoreanischen Armeen nördlich der alliierten Verteidigungslinien vorhaben, hat Grund zu vielfachen Spekulationen gegeben. Während einige glauben, daß die chinesischen Armeen aus Korea abgezogen werden, sind andere der Ansicht, daß sie sich nur für eine neue Offensive umgruppieren, während wieder andere meinen, daß die kommunistischen Truppen aus dem Kampf gezogen worden seien, weil Peiping

glaube, den Sieg in Korea durch Verhandlungen erreichen zu können.

Die Luftstreitkräfte der Alliierten setzten ihre Angriffe an allen Fronten fort. Jäger und Jagdbomber unternahmen zahlreiche Feindflüge, während „Superfestungen“ 180 Tonnen Bomben auf fünf nordkoreanische Eisenbahnknotenpunkte abwarfen.

Hirohito: „Die Zeit nicht mehr fern...“

General McArthur empfing Foster Dulles. Tokio (UP). Der mit der Ausarbeitung eines Friedensvertragsauftrags beauftragte Berater des amerikanischen Außenministeriums, Foster Dulles, traf in Tokio ein, wo er von General McArthur empfangen wurde. Dulles erklärte, daß er gekommen sei, um über einen Friedensvertrag zu verhandeln, wobei Japan als Verhandlungspartner und nicht als besiegte Nation konsultiert werden solle.

Anlässlich der zehnten Nachkriegsitzungsperiode des japanischen Parlaments sprach Kaiser Hirohito zu den Abgeordneten. Er stellte fest, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo Japan wieder seinen Platz als Mitglied der internationalen Gesellschaft einnehmen werde.

Eisenhower in Island

Vorletzte Station vor Heimflug nach USA

Reykjavik (UP). General Eisenhower traf mit dem Flugzeug zu seinem Besuch auf Island in Reykjavik ein. Island verfügt zwar über keinerlei Streitkräfte, die es dem General zur Verfügung stellen könnte, doch seine Lage allein macht es zu einem wichtigen strategischen Stützpunkt der nordatlantischen Allianz. Obwohl Island niemals eine Armee unterhalten hat, haben Isländer in den Reihen der alliierten Truppen an den beiden letzten Weltkriegen teilgenommen und auch heute kämpfen einige Isländer innerhalb von US-Einheiten Seite an Seite mit den Truppen der Vereinten Nationen in Korea.

Von Island aus wird Eisenhower nach Kanada fliegen und von dort nach den Vereinigten Staaten zurückkehren.

„Führende Persönlichkeiten beleidigt“

Vor einem neuen Prozeß gegen Hedler

Kiel (UP). Im Laufe des Monats Februar wird das Strafverfahren gegen den Bundestagsabgeordneten Wolfgang Hedler, wegen Beleidigung führender Persönlichkeiten und wegen „nazistischer“ Äußerungen in öffentlichen Versammlungen, ernst aufgenommen. Hedler war im Februar 1950 freigesprochen worden. Das Oberlandesgericht hob dieses Urteil in vollem Umfang auf und verwies das Verfahren zur erneuten Verhandlung an die Kieler Strafkammer zurück.

Ganze Dörfer verschwunden

Vor neuem Ausbruch des Mount Lamington

Port Moresby/Neu Guinea (UP). Die Forschungs Expeditionen, die die Auswirkungen des Vulkans Mount Lamington untersuchen, haben bestätigt, daß 3000 bis 4000 Eingeborene durch den unerwarteten Ausbruch des Vulkans getötet wurden. Ganze Dörfer sind von Erdböden verschwunden. Die überlebenden Eingeborenen irren wie Wahnsinnige durch die vernichteten Urwälder. Die Luft ist mit Verwesungsgeruch und giftigen Schwefelgasen geladen.

Der Erdbeforscher G. Taylor erklärte, daß der Vulkan Mount Lamington nach einigen Tagen wieder ausbrechen könnte und gab als wahrscheinlichen Termin Sonntag an. Er sprach die Befürchtung aus, daß der neue Ausbruch noch viel schwerer sein dürfte als der erste.

Männerheims Zustand ernst. Der Zustand des 84jährigen finnischen Feldmarschalls Männerheim, der in Lausanne von dem Krebspezialisten Professor Decker operiert wurde, soll „ernst“, aber nicht lebensgefährlich sein.

DORIS EICKE

Copyright by Verlagsphase Eutlingen Oertel & Späth

Denn alle Schuld rächt sich auf Erden

40. Fortsetzung

„Das kann nur Meinert sein! Ist er groß und blond, Meitli?“

„Das ist er. Wer ist das denn?“

„Ihr Sohn, du Baby. Geh an die Seite, daß ich durchs Fenster kann, ich hab keine Zeit, den Umweg zu machen.“

„Bevor Gottfried eintrat, räusperte er sich mächtig und hustete zum Götterbarmen, dann drückte er ganz langsam die Klinke nieder.“

Beim ersten Geräusch schon hatte sich Rösi freigemacht. Als sie Gottfried erkannte strahlte sie auf wie ein junges Mädchen.

„Da ist er!“ sagte sie glückselig zwischen Lachen und Weinen.

„Ja, da ist er! Long genug hat's ja gedauert, Meinert“, konnte der Knecht den Vorwurf nicht verschlucken.

„Ich war drei Monate in Paris, wo ich zum Winter ein Orchester übernehme. Ich bin erst seit zwei Tagen zurück und komme geradenwegs ins Brunnenbühl. Bist du jetzt zufrieden?“

Wenn bürgerliche Menschen froh sind, denken sie ans Tafeln Kaum war sie nicht mehr mit Meinert allein und die erste zitternde Freude des Wiedersehens verebte, als Rösi's Gedanken auch schon um das Festmahl kreisten, das sie zu Meinerts Ehren bereiten würde. So stellte sie nur noch ein paar hastige Fragen — die wichtigste, die nach Adrian mußte sie in Gottfrieds Gegenwart unterdrücken — und eilte dann hinaus in die Küche, um dort ein geschäftiges Treiben zu entfalten. Gottfried aber wollte Meinert in den Stall mitnehmen, ihm das Vieh zu zeigen.

„Ich möchte zuerst den Vater begrüßen, wo ist er?“

„Ach ja, den hab ich ja ganz vergessen. Oben liegt er in seinem Bett. Er ist krank.“

hat sich bei der Ernte übernommen und ist uns gestern umgefallen. Er wird Augen machen wenn er dich sieht.“

„Gottfried, du hast mir damals geschrieben —“

„Ja, ja, und das stimmt auch, hab nur keine Sorge. Willst du hinaus zu ihm?“

Meinert nickte.

„Wenn er mich nachher gehen läßt, komm ich zu dir in den Stall.“

Wie lang und dunkel die Treppe war! Hier hatte ein sparsamer Sinn gebaut, ganz anders als in Adrians Haus mit seinen weiten Räumen und breiten, behaglichen Stiegen. Meinert blieb einen Augenblick stehen und atmete tief. Ja, dies war der spezifische Brunnenbühler Geruch, eine Mischung von Alkohol, gedörrten Apfelschnitzen und ungenügend gelüfteten Stuben. Es war merkwürdig, wie stark ihm dieser Duft das Bewußtsein gab, dabei zu sein. Eigentlich zu Hause war er ja in Bümpliz, aber hier im Brunnenbühl war er zur Welt gekommen, ein Kind gewesen und hatte die ersten schweren Klämpfe seines Lebens durchgeföhnt. Diese Heimstatt war der Ausgangspunkt gewesen, und da sie keine äußere Macht mehr besaß, ihn in ihr Joch zu spannen, war der Weg dazu freigelegt, sie durch festgesponnene Fäden der Erinnerung zu lieben.

Als Meinert eintrat, hob der Bauer den Kopf.

„Grüß dich Gott, Vater!“ sagte der Junge leise. Ein paar Sekunden verharrte sie Blick in Blick, in einer Erschütterung, die sich tief unter der Oberfläche vollzog. „Mein Gott, das ist er, dieser alte Mann?“ dachte Meinert erschrocken. „Der ist ja nur noch ein Schatten seiner selbst.“ Und näheretredend sagte er laut, mit gewollter Munterkeit: „Du bist krank, Vater, wo fehlt's denn?“

„Ingold reichte ihm die Hand, ohne ihn anzusehen, und Meinert sah mit Bestürzung, daß seine Lippen zitterten, als hätte er keine Macht mehr über sie. Weidend hatte er den Vater vor mehr als einem Jahrzehnt zurückgelassen, wurde er ihn jetzt weidend wiedersehen? Um ihm Zeit zu geben, sich zu fassen, trat er ans Fenster und begann von seinem Leben zu erzählen und warum er erst jetzt gekommen sei. Im Zuhören glätteten sich Ingolds Züge.“

„Ich hab mir immer gewünscht, dich noch einmal zu sehen, bevor mir der Schreiner mein letztes Bett anmißt.“

„Wenn ich das gewußt hätte, wär ich schon lange gekommen, Vater, aber ich hab gedacht du würdest mir das Brunnenbühl verbieten.“

„Warum nicht gar! Du kannst ja nichts dafür — daß — daß du kein Ingold bist. Aber Vater sagt du doch noch zu mir.“

„Ja, wie sollt ich denn anders sagen?“ fragte Meinert so erstaunt, daß es Ingold wohltat.

„Ich habe gedacht, du sagst es jetzt zu dem anderen.“

„Nein, ihn red ich mit dem Vornamen an.“

„Je nun, das ist eure Sache. Jetzt regier ich bald nicht mehr im Brunnenbühl, Meinert!“

„Das wird dir gehörig schwerfallen. Ist Eugen noch immer nicht hier?“

„Nein.“ Ein Schatten legte sich auf Ingolds Gesicht. „Der kommt keinen Tag früher als er muß. Ich hab nicht viel Glück mit meinen Kindern.“

„Du hättest Glück haben können, wenn du den richtigen zum Hoferber gemacht hättest. Zwang ist nichts Gutes, Vater. Ich hab es an mir selber gemerkt, wie er einen verfinstert und schlecht machen will. Wer anders leben muß, als er aus seinem Innersten heraus kann und mag, der bleibt sein Lebtag ein halber Mensch.“

„Du meinst, ich hätte Eugen beim Schmieden lassen sollen?“

„Wenn er Freude daran hatte, ja. Vielleicht wäre er ein guter Schmied geworden und an seiner Arbeit auch innerlich erstarkt. So wird er nur ein schlechter Bauer, und das Brunnenbühl hat den Schaden davon.“

„Ja, ja, du kannst recht haben. Der Eugen wird mehr in der Wirtschaft sitzen, als auf dem Feld nach dem Rechten zu sehen, und das Trinken, das ihm zu leicht gemacht wird, wird ihn vollends verderben. Seine Frau ist ein braves Geschöpf, viel zu gut für ihn, aber sie ist halt eine Städterin, keine wie die Mutter, die Bauernarbeit von Kind auf gekannt und schon mit Schwielen an den Händen in die Ehe gekommen ist. Er ist ja durch sie in ein gutes Geschäft hineingekommen, aber hat er das nötig, wo ihm doch das Brunnenbühl zufällt?“

„Vielleicht hat er noch immer gehofft, du gibst es Hansull und sich darum sein Leben so eingerichtet, wie's ihm am besten zusagte.“

„Ja, ja, das tut ihr alle, ihr schafft euch euer Leben, wie's euch am besten paßt.“

„Ist das nicht natürlich, Vater? Und hast du es seinerzeit anders gemacht?“

„Einen Augenblick schwieg Ingold, sichtlich betroffen.“

„Ich hab nur fürs Brunnenbühl gelebt.“

„Ja, weil es dein Werk, deine Schöpfung war und du in dieser Arbeit dein Glück und deine Befriedigung fandest. Genau so dessen bin ich sicher, wird auch Hansull draußen seinen Hof ausbauen, wenn einmal die Zeiten danach sind. Aber kannst du verlangen, daß ein anderer dein Werk so liebt, wie du es liebst und es mit deinen eigenen Augen siehst? Nein, das kannst du nicht. Erbe sein oder Schöpfer und Gründer ist ein himmelweiter Unterschied, das muß du begreifen.“

Ingold hatte halb widerwillig, aber doch in einem inneren Staunen zugehört, es geschah selten, daß ihm jemand mit solchem Freimut seine Meinung sagte.

„Gottfried hat mir gesagt, du hängst noch am Brunnenbühl. Ist das wahr? Dann frage ich dich, ob man von Eugen nicht das gleiche verlangen könnte? Du hast ja auch nicht nur gute Tage hier verlebt — und trotzdem —“

„Vater, mit der Liebe hat es eine besondere Bewandnis. Es gibt Gefühle, die du durch deinen Willen beherrschen kannst, andere nicht. Niemals kannst du dich zwingen, etwas zu lieben.“

Fortsetzung folgt.

Umschau in Karlsruhe

Ausbau der Kriegerfriedhöfe in Baden
 Karlsruhe (UP). Der Schwerpunkt des Ausbaus von Kriegerfriedhöfen in Südwestdeutschland liegt zur Zeit in Baden. Wie aus Kreisen des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge verlautete, ist der Soldatenfriedhof Kehl das zur Zeit größte Projekt. In nächster Zeit soll mit den Arbeiten begonnen werden. Die neue Ruhestätte wird nach den Plänen des VDK etwa 2000 deutsche gefallene Soldaten des letzten Krieges aufnehmen, die zum Teil jetzt im Elsaß beigesetzt sind. Ferner soll der Heidelberger Ehrenfriedhof ausgebaut werden und weiteren 300 deutschen gefallenen Soldaten des letzten Krieges letzte Ruhestätte sein. Im Landesbezirk Nordbaden wurden bisher 21 000 deutsche Gefallene beigesetzt.

Aus der badischen Heimat

Tragischer „Frauenraub“
 Mannheim (hpd). Am morgen erschienen einige Männer in Viernheim vor der Glashütte einer verheirateten Frau, die nur mit Morgenrock und Hausschuhen bekleidet, öffnete. Bevor sie sich versah, hatten sie die Frau gepackt und in einen bereitstehenden Personenvan genetzt. Vor Aufregung über diesen Vorfall erlitt die Mutter der Entführten einen Herzschlag. Bei diesem Raub, der von Freunden des Ehemannes ausgeführt wurde, soll es sich nur um eine spaßige Angelegenheit gehandelt haben, aus der allerdings bitterer Ernst wurde.

Wegen Kindsmord angeklagt
 Offenburg (hpb). Das Schwurgericht Offenburg sprach eine des Kindsmordes angeklagte 41jährige geschiedene Frau aus Altheim aus Mangel an Beweisen frei. Die Angeklagte hatte im Oktober 1950 ohne Beistand ein Kind zur Welt gebracht. Den Namen des Vaters, eines Ausländers, kennt die Angeklagte nicht. Unmittelbar nach der Geburt starb das Kind. Der herbeigerufene Arzt stellte am Halse der Leiche Würmerkmale fest, aus denen sich der Verdacht eines Kindsmordes ergab. In der Untersuchungshaft erklärte die Mutter, sie habe das Kind während des Geburtsaktes gewürgt. In der Verhandlung rückte sie von ihrer Aussage ab. Der als Gutachter vernommene Professor Liebig, Freiburg, vertrat die Ansicht, die am Hals des Kindes festgestellten Druckstellen seien nicht mit unbedingter Sicherheit als Würmerkmale anzusprechen. Da sich aus der Beweisaufnahme ergab, daß die Sektion der Leiche des Kindes nicht ganz sachgemäß vorgenommen wurde und daher die Todesursache nicht genau festzustellen werden konnte, kam das Gericht zu dem Schluss, der Anklage habe die Ermordung ihres Kindes nicht nachgewiesen werden können.

Folgen der Trunkenheit
 Säckingen (hpd). Ein Fahrer fuhr völlig betrunken mit seinem Auto in eine Menschengruppe hinein. Tötele ein zwölfjähriges Kind und verletzte eine 50jährige Frau so schwer, daß ihr ein Bein amputiert werden mußte. Eine weitere Frau erlitt einen schweren Schädelbruch.

„Was ein Hülchen werden will“
 Neustadt/Schwarzwald (ZSH). Als feuchtes Skihäseli verkleidet, wurde in Titisee ein 14jähriges Lehrlingsmädchen aus Emmendingen verhaftet. Die junge Dame hatte für ihre Firma vor kurzem ca. 1200 DM einkassiert und war damit spurlos verschwunden. Wie sich bei der Vernehmung herausstellte, war sie erst einmal nach Karlsruhe gereist und hatte sich dort rüftig neu eingekleidet. Alsdann war sie — es klingt wie nach schlechtem Film! — in den Wintersport gefahren, weil dies eben ihrer Meinung nach zum guten Ton gehört. Man kann sich nur darüber wundern, daß das halbtägige Gänschen beinahe zwei Wochen lang Unterkunft fand, ohne aufzufallen.

Angelsachsen „erobern“ französische Zone
 Konstanz (UP). Die Touristen aus England und den USA sind im Begriff, die französische Zone zu „erobern“, während die Franzosen im „Rückzug“ sind. Am Bodensee und im Schwarzwald, den Haupttouristengebieten der französischen Zone, hat England im abgelaufenen Jahr seine Besuchsziffern verdoppelt, während die Zahl der französischen Gäste auf fast die Hälfte zurückging. In Konstanz, dem Brennpunkt des deutsch-schweizerischen Grenzverkehrs, übernachteten im Jahre 1950 563 Engländer gegen 292 im Vorjahre, 1951 1023 Engländer (1815 im Jahre 1949) und 2092 Franzosen (4418 im Vorjahre). Die Zahl der Schweizer stieg sogar von 1194 auf 2750 und diejenige der Schweden vervielfachte sich (von 72 auf 336).

Es gab Riesenhälftche im Bodensee
 Konstanz (SWK). Die badische Geologische Landesanstalt stellte einen versteinerten Hälftchzahn von etwa 7 Zentimeter Höhe, der kürzlich in der Nähe von Pfundorf aufgefunden wurde, einwandfrei als Überrest eines Riesenhais aus der Tertiarzeit fest. Es haben somit vor etwa 40 Millionen Jahren im Herren Europas Raubfische von etwa 10 Meter Länge gelebt, wie sie heute noch in vereinzelten Exemplaren an den Küsten des indischen Ozeans anzutreffen sind.

„Universität der Völkerverständigung“
 Konstanz (UP). Das Internationale Institut Schloß Mainau, das unter dem Schwedenprinzen Lennart Bernadotte seit Kriegsende zu einer „Universität der Völkerverständigung“ geworden ist, führt im Jahre 1951 ein Lehrprogramm durch, dessen Themen vom „Basket-Ball bis zu den Vereinigten Staaten von Europa“ reichen. Die Lehrgänge dieses Instituts, das im schwedischen Königsschloß auf der „Märcheninsel“ Mainau im Bodensee bei Konstanz untergebracht ist, werden in deutscher, englischer und französischer Sprache gehalten. Die Dozenten sind Deutsche, Franzosen, Schweizer und Schweden. Die jährliche

Rektor ist der schwedische Professor Isakson. Konkret wie bisher der deutsche Theologe und Pädagoge D. Melzer. Die Kurse liegen sämtlich in der schönen Jahreszeit zwischen April und Oktober. Sie umfassen neben Sport und Jugenderziehung u. a. Diskussionen über das Sozialproblem, die Vereinigung Europas, Sprachlehrgänge, Laienspielkurse und Ferienkurse für Erzieher und Geistliche auf breiter internationaler Basis.

Kreuz und quer durch Baden
 Der Bauer Alföld in Neckarelz erhielt den Justus von Liebig-Preis der Universität Kiel für besondere Verdienste um die Technisierung der Landwirtschaft.

In Lützelachsen bei Mannheim haben unbekannte Diebe die mit Zink legierten Dächer und Dachrinnen von acht Gartenhäusern abmontiert. In Offersheim sind in den Weinbergen über 600 Meter Kupferdraht gestohlen worden, an dem die Reben hochgezogen waren.

Aus den Nachbarländern

Keine neuen Lawinen mehr
 Sinkende Temperatur im Alpengebiet

Zürich (UP). In den letzten 48 Stunden sind in der Schweiz keine neuen Lawinen mehr niedergegangen. Angesichts sinkender Temperaturen und des gegenwärtig herrschenden schneefreien klaren Wetters scheint die Lawinengefahr nunmehr beseitigt zu sein. Die Lawinschäden werden vom schweizerischen Roten Kreuz auf über fünf Millionen Franken geschätzt (rund fünf Millionen DM). Auch in Österreich hat sich die Lawinengefahr verringert. In verschiedenen Gebieten ist bereits wieder eine Normalisierung der Verkehrslage eingetreten. Schätzungsweise 15 000 Menschen sind jedoch nach wie vor durch Lawinenmassen von der Außenwelt abgeschnitten.

Südweststaat auf Eis gelegt

Dr. Maier beschuldigt Bonn — Debatte über die Regierungserklärung

Stuttgart (hwb). Der württemberg-badische Ministerpräsident Maier teilte vor dem Landtag mit, das Bundeskabinett habe auf Anregung von Bundesinnenminister Dr. Lehr beschlossen, von einer weiteren Behandlung der Südweststaatsfrage in Bonn vorerst abzusehen.

Die württemberg-badische Dienststelle in Bonn habe mitgeteilt, das Bundeskabinett befürchte angesichts der gespannten innenpolitischen Lage, daß durch die geplante Volksabstimmung über die Neuordnung im südwestdeutschen Raum unter der Bevölkerung Unruhe und auch Rückwirkungen auf andere Länder entstehen könnten. Eine solche Entscheidung des Bundeskabinetts bedeute einen vollkommen unerwarteten Eingriff in die südwestdeutschen Lebensfragen, w. Dr. Maier unter empörten Zurufen der Mehrzahl der Abgeordneten feststellte. Der CDU-Fraktionsvorsitzende im württemberg-badischen Landtag, Wiedemeier, betonte nach dieser Erklärung des Ministerpräsidenten, die württemberg-badische CDU werde sich weiterhin mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß möglichst bald in Bonn eine endgültige Entscheidung über die staatliche Neuordnung in Südwestdeutschland falle.

Die Fraktionen des württemberg-badischen Landtags nahmen dann zu der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Maier Stellung. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Wiedemeier sagte, seine Partei habe sich an der Regierung auch deshalb nicht beteiligt, weil schon während der letzten Landtagsperiode unverkennbar eine Opposition der jetzigen Regierungsparteien DVP und SPD gegen die CDU bestanden habe. Auch im Wahlkampf vor der Landtagswahl hätten diese beiden Parteien gemeinsam versucht, die CDU niederzurufen. Auf Grund der Erklärungen, die Dr. Maier vor der Übernahme der Regierungsbildung abgegeben habe, habe die CDU annehmen müssen, daß sie im Falle einer Teilnahme an der Regierung auf das Landwirtschaftsministerium verzichten müsse. Wiedemeier forderte besonders eine Stärkung des christlichen Geistes in Schule und Erziehung, unbedingte Beibehaltung des Landwirtschaftsministeriums und eine rasche Entscheidung über die Neugestaltung des südwestdeutschen Gebietes. Wiedemeier wandte sich gegen Tendenzen, die Regierung stellen „CDU-rein und katholikenrein“ zu machen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Möller erklärte, es sei die erste Aufgabe der Landesregierung, die Auswirkungen der Wirtschaftspolitik des Bundes zu mildern und aufzufangen. Mit scharfen Worten wandte sich Möller gegen eine Erhöhung der Besatzungskosten von 4,8 auf 6 Milliarden DM jährlich. Die Ernennung des evangelischen Pfarrers Gotthilf Schenkel (SPD) zum Kultminister Württemberg-Badens zeige, daß die Stellung seiner Partei zur Kirche nicht durch Vorurteile getrübt sei. Zur Frage des Lastenausgleichs

sagte Möller, man müsse es jedem Abgabepflichtigen unmöglich machen, die ihm auferlegten Abgaben auf die Steuern und auf die Preise abzuwälzen. Dr. Mocker beanstandete als Sprecher der DG-BHE, daß die Regierungserklärung keine neuen Wege zur Beseitigung der sozialen Not, insbesondere der Not der Heimatvertriebenen, aufweise. Die Bodenreform habe sich als ein „Schlag ins Wasser“ erwiesen, da sie nur 3,5 Prozent der in Württemberg-Baden lebenden vertriebenen Bauern wieder zu Höfen verholfen habe. Auch bei der Anstellung von Beamten seien die Vertriebenen benachteiligt worden.

Innenminister Ulrich machte gegenüber den in der Debatte geäußerten Wünschen und Forderungen auf die Tatsache aufmerksam, daß das Land seit dem Zusammenbruch bereits vier bis fünf Milliarden Mark für den Wiederaufbau davon allein 1,5 Milliarden für den Wohnungsbau ausgegeben habe. Die Regierung wisse andererseits sehr gut, daß es noch etwa ein Jahrzehnt dauern werde, bis der Wohnungsstandard aus der Zeit vor dem Kriege wieder erreicht werden könne. Der DVP-Fraktionsvorsitzende Dr. Hausmann, billigte im Namen seiner Partei die Regierungserklärung. Dr. Hausmann setzte sich dafür ein, daß das Verhältnis der beiden Landesbezirke Nordwürttemberg und Nordbaden im Sinne der Verwaltungvereinbarung revidiert werde. Es gehe nicht an, daß man aus dem Land Württemberg-Baden einen „Doppelstaat“ mache, von dem die Regierung tatsächlich nur einen Teil (Nordwürttemberg) gestere.

Zu Beginn der Sitzung hatte das Plenum beschlossen die Anfechtung der Landtagswahl im Wahlkreis Tauberhohensheim-Buchen zur Entscheidung an den Staatsgerichtshof zu verweisen. Auf Antrag des Wahlprüfungsausschusses wurden die von den Wahlanfechtungen nicht betroffenen Mitglieder des Landtags nunmehr für legitimiert erklärt, nachdem die Wahlanfechtungen abgelaufen ist. Die Debatte über die Regierungserklärung wird am Freitag fortgesetzt.

Südwest-Länderchefen sollen nach Bonn
 Bonn (ld). Der Bundestagsausschuß für innergebietliche Neuordnung will die Länderchefen von Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern für Anfang Februar einladen, ihre Ansichten über die gezielte Neuordnung Südwestdeutschlands vor dem Ausschuß darzulegen. Gegenwärtig liegt dem Ausschuß der Gesetzentwurf des CDU-Abgeordneten Hilbert und ein Gesetzentwurf des Landes Württemberg-Hohenzollern als Arbeitsgrundlage vor. Eine weitere Vorlage hat das Land Württemberg-Baden angekündigt. Dieser Entwurf soll als Initiativantrag von Abgeordneten aus dem Lande im Plenum eingebracht und ohne Debatte an den Ausschuß überwiesen werden.

Wirtschafts-Nachrichten

Fast neun Millionen DM Mehrausgaben
 Wie das Bundesfinanzministerium bekanntgab, weist der Bundeshaushalt im November 1950 Mehrausgaben in Höhe von 8,9 Millionen D-Mark aus. Damit wurden in den ersten acht Monaten des Rechnungsjahres 1950/51 insgesamt 557 Millionen DM mehr ausgegeben als eingenommen. Die Reineinnahmen des Bundes beliefen sich im November auf 998 Millionen DM und lagen damit gegenüber Oktober 1950 um rund fünf Prozent niedriger. Die Reinausgaben des Bundes betragen 1007 Millionen DM und übertrafen damit die des Monats August 1950 um zwölf Prozent, waren jedoch gegenüber Oktober 1950, als insgesamt 1127 Millionen DM ausgegeben worden waren, um rund zehn Prozent kleiner.

Bonn dementiert „in Sachen Hausbrand“
 Das Bundeswirtschaftsministerium dementiert Pressemitteilungen über eine Mitteilung des Zentralverbandes des deutschen Kohlen-Einzelhandels, denen zufolge vom Bundeswirtschaftsministerium bereits Lieferrichtlinien für die Hausbrandversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr ausgearbeitet worden seien, in denen eine Erhöhung der Zuteilung um nur zehn Prozent auf rund 16 Zentner vorgesehen sei. Diese Mitteilung entbehrt nach den Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums jeder Grundlage. Die Versorgungsmöglichkeiten für das Jahr 1951/52 seien noch ungeklärt und infolgedessen hätten auch derartige Anweisungen nicht erteilt werden können.

Programm zur Exportförderung vorbereitet
 Das Bundeswirtschaftsministerium hat — wie aus Bonn verlautet — ein Exportförderungsprogramm ausgearbeitet, das den Vorrang des Außenhandels für die Bundesren-

ntz betont und alle wirtschaftlichen Einzelmaßnahmen der Regierungsressorts zur Exportförderung koordinieren soll. Dieses Programm wird gegenwärtig zwischen den Bundesministerien abgestimmt, um anschließend dem Außenhandelsausschuß des Bundestages vorgelegt zu werden. Es sieht vor, den deutschen Export durch eine Dämpfung der Inlandskonjunktur mittels einer Politik der Geldverknappung indirekt zu fördern. Daneben soll der Exportwirtschaft durch Vergünstigungen auf steuerlichem Gebiet, bei der Rohstoff-, Devisen- und Kreditversorgung sowie durch Unterstützung ihrer eigenen Anstrengungen direkt geholfen werden. Außerdem enthält das Programm Richtsätze für die Handelspolitik der Bundesregierung.

Papier wird weiterhin knapp bleiben
 Bei den verschiedensten Papiersorten muß, wie von unterrichteter Seite zu erfahren ist, mit einer länger anhaltenden Verknappung gerechnet werden. Es sei denn, daß Papier und Pappe in größeren Mengen eingeführt oder im Bundesgebiet die Kapazität der vorhandenen Maschinen zur Papierherstellung erweitert wird. Die gegenwärtige Inlandsproduktion von Zeitungspapier beträgt 14 000 Tonnen monatlich. Zusätzlich 3000 Tonnen Einfuhren stehen demnach 16 000 Tonnen gegenüber einem Bedarf von 20 000 Tonnen im Monat zur Verfügung.

Proteststreik der Tabakarbeiter
 Rund 10 000 Arbeiter und Angestellte der rund 400 Tabakfabriken des Bundesgebietes legten aus Protest gegen die vom Bundesfinanzministerium beschlossene Steuersenkung für Zigaretten für 24 Stunden die Arbeit nieder. Nach dem Vorschlag des Bundesfinanzministeriums soll künftig die billigste Ziga-

rette 1,5 Mtg. kosten, der Preis für Feinschnitt-Tabak hingegen nur von 35 DM auf 34 DM je Kilo gesenkt werden. Diese Maßnahmen würden, so wird von der Tabakindustrie betont, die Schließung der Tabakfabriken zur Folge haben und die Existenz von etwa 60 000 Tabakanbauern in der Bundesrepublik bedrohen. Es wird der Standpunkt vertreten, daß bei einer Senkung der Tabaksteuer vor allem das Genußmittel des „kleinen Mannes“, der Päckchen-Tabak, gebührend berücksichtigt werden müsse.

Neues Motorrad-Modell — NSU „Konsul“
 Wie die NSU-Werke in Neckarsulm bekanntgaben, haben sie die Absicht, im April dieses Jahres ein neues Motorrad-Modell auf den Markt zu bringen. Der neue Typ, der die Bezeichnung „Konsul“ tragen wird, hat einen Motor von 350 ccm, der 18 PS entwickelt. Die neue Maschine ist mit Teleskop-Vordergabel und Hinterrad-Federung ausgerüstet.

Finanzhilfe seit der Währungsreform
 Seit der Währungsreform hat das Land Württemberg-Baden Bürgschaften für der zerblichen Wirtschaft gewährte Kredite in Höhe von 75 498 900 DM im Landesbezirk Württemberg und 52 716 500 DM im Landesbezirk Nordbaden übernommen. Davon erhielten Neubürger und Umsiedler in Nordwürttemberg 33 308 050 DM und in Nordbaden 10 834 000 DM. An Staatsdarlehen wurden, gleichfalls bis zum 31. Dezember 1950 in Nordwürttemberg 9 360 695 DM und in Nordbaden 4 711 293 DM gewährt. Staatszuschüsse einschließlich der Zinszuschüsse wurden im gleichen Zeitraum in Nordwürttemberg für 2 506 580 DM und in Nordbaden für 703 937 DM zur Verfügung gestellt.

Beschränkung des Gaskonsums?
 Der Verband der Gas- und Wasserwerke Württembergs und Badens kritisiert in einer Veröffentlichung, daß die im neuen Jahr erhoffte und „fest zugesagte“ Besserung der Kohlelieferung für die Gaswerke nicht eingetreten sei. Unter diesen Umständen müßte es in Württemberg-Baden trotz aller Bemühungen in der Gasversorgung zu ersten Störungen kommen. Der Verband wendet sich gegen den Vorschlag von Minister Erhard, „Gassperstunden“ einzuführen, da die Bevölkerung dann ihre Anforderungen an Gas in den übrigen Stunden um so höher schrauben würde.

Dreihundert Millionen für Wohnungsbau
 Im Vorgriff auf den Bundeshaushalt 1951/52 sollen, wie das Bundeswirtschaftsministerium für Wohnungsbau mitteilt, 300 Millionen DM für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Hiervon sollen 220 Millionen DM den Ländern sofort zugeteilt und 50 Millionen DM für die Umsiedlung von Heimatvertriebenen verwertet werden. Die restlichen 30 Millionen behält das Bundeswohnungsbauministerium als Reserve zurück.

Für Kampf um Mitbestimmung
 In der Zeit vom 17. bis 19. Januar wurde in rund 460 Betrieben des westdeutschen Stein-, Braun- und Pechkohlenbergbaus, der Eisenerzgruben sowie des Kali- und Steinsalzbergbaus die von der dritten Generalversammlung der I. G. Bergbau beschlossene Urabstimmung durchgeführt. Von den 501 525 gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten in diesen Industriezweigen beteiligten sich 465 273 — 92,7 % an der Abstimmung. Mit „Ja“ stimmten 450 328 — 92,8 %, mit „Nein“ 26 292 — 5,4 %. Ungültig waren 8854 Stimmen — 1,8 Prozent. Durch das Abstimmungsergebnis ist der Vorstand der Industriegewerkschaft Bergbau ermächtigt worden, bei Nichterfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen in Fragen des Selbstbestimmungsrechts die letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel einzusetzen.

Gewerbliche Rohstoffe werden knapp
 Die Vorräte bei den Betrieben sind bereits stark zusammengeschnitten. Besonders knapp geworden sind Eisen, Stahl, Walzprodukte, Gußbruch, NE-Metalle, Edelmetalle, Rund- und Schnittholz, Baustoffe, Gummi, Schwerechemikalien, Zellstoff, Papier und Verpackungsmaterial. Vereinzelt mußte die Produktion infolge Mangels an Rohstoffen eingeschränkt werden. Mit weiteren Produktions-einbußen muß gerechnet werden. In einer Reihe von Werken ist die Lage, dem Bericht des Wirtschaftsministeriums zufolge, ausgesprochen kritisch. Erheblich verschlechtert hat sich auch die Versorgung mit Kohle. Die Versorgung mit elektrischem Strom und Gas hat bislang aufrechterhalten werden können. Infolge der außerordentlichen Steigerung der Nachfrage nach Gütern aller Art waren die Betriebe der gewerblichen Wirtschaft größtenteils gut beschäftigt. Die Nachfrage hat bisher zum größten Teil noch befriedigt werden können. Die Erzeugung der Industrie in Württemberg-Baden hat im November mit einem Produktionsindex von 146,3 den bisher höchsten Stand erreicht. Als besonders erfreulich bezeichnet das Wirtschaftsministerium die Entwicklung der Ausfuhr. Mit einem Betrag von 83,4 Millionen DM sei im November der Wert der aus Württemberg-Baden ausgeführten Waren gegenüber dem Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1950 um mehr als das Doppelte gestiegen. Nachfrage und Auftrags-eingang aus dem Ausland zeigten steigende Tendenzen. Für die württemberg-badische Wirtschaft gewinnt besonders der südamerikanische Raum an Bedeutung.

Weniger Strom für westdeutsche Industrie?
 Das Bundeswirtschaftsministerium erwägt zur Zeit eine Kürzung der Stromlieferungen an die westdeutsche Industrie um 20 Prozent. Zwischen maßgeblichen Vertretern des Ministeriums und der Energiewirtschaft wurden im Wochenende hierüber Besprechungen geführt. Man ist sich im Bundeswirtschaftsministerium darüber im klaren, daß solche Kürzungen auch Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben dürften, doch sei, so stellte man fest, die Überwindung der Kohlenkrise nur durch „drastische Maßnahmen“ möglich.

Blitzlichter AUS ALLER WELT



Adenauer beantwortete Grotewohl-Brief
Dr. Adenauer nach der Abgabe seiner bedeutsamen Erklärung; neben ihm Bundesminister Jakob Kaiser



Pandit Nehru konferierte drei Tage in Paris
Der indische Ministerpräsident Pandit Nehru weilte drei Tage in Paris, um an der Konferenz der indischen Botschafter in Europa teilzunehmen. Unser Bild zeigt Pandit Nehru, im Hintergrund Shrimati Pandit, die Schwester Nehrus und Sir Bencopal Rau



Eden besuchte Bundespräsident Heuss
Bundespräsident Heuss empfing auf seinem Dienststutz Viktorshöhe den ehemaligen britischen Außenminister Anthony Eden



Motorradbrille mit Scheibenwischer
Ein kleiner Propeller, durch den Fahrtwind in Bewegung gesetzt, betätigt die Wischer



Die Kapelle des „Weiber-Regiments“ zieht voran
Zur Erinnerung an tapfere Mädchen und Frauen findet in der Schweiz der sogenannte „Meitli-Sonntag“ statt. Zwei Tage und zwei Nächte regiert das „schwache Geschlecht“



Sie zieht Quadratwurzel aus 18stelliger Zahl
Devi, die Tochter eines Inders, ist ein „Rechenwunder“ und löst alle Aufgaben



In Garmisch ging's hoch her
Der Sieger im Kombinations-Sprunglauf, Hans Eder (Österreich), nach dem Absprung



„Walrus der Luft“ verschlingt Automobil
Dieser moderne Zweirumpf-Luftfrachter, eine französische Transportmaschine, kann bequem ein Automobil transportieren. Eben verschlingt der „Walrus“ einen Wagen



Rotes Kreuz forscht nach Vermissten
Bei der Heimkehrerbefragungsstelle in Frankfurt herrscht Hochbetrieb



„Eingemottete“ US-Panzer werden wieder ausgepackt
Diese Blechbehälter, die auf ein kreisförmiges Betonfundament montiert sind, enthalten „eingemottete“ Panzer, die nun wieder gebraucht werden



Türkische Korea-Kämpfer kehren heim
Die erste Abteilung verwundeter türkischer Korea-Kämpfer traf in diesen Tagen auf dem Flugplatz von Istanbul ein und wurde jubelnd begrüßt
Bilder: dpa

Aus der Stadt Ettlingen

Die Tage wachsen

Die Tage sind länger geworden. Können unsere Blicke auch nicht immer die Nebelwand und den grauen Vorhang durchdringen...

Familienzusammenführung nach Österreich

Vertriebene, die aus Gründen der Familienzusammenführung nach Österreich umgesiedelt werden wollen, können sich schriftlich an das Deutsche Rote Kreuz...

Der erste oder der letzte Malkäfer?

Gestern morgen erschien einer unserer Leser in der Redaktion, um uns einen lebenden Malkäfer zu zeigen...

Schube weiterhin ohne Bezugsschein

Das Bundeswirtschaftsministerium demontierte Gerüchte über eine angeblich bevorstehende Bewirtschaftung von Schuhen und Leder...

Ärzte klagen gegen Zwangsversicherung

Dr. Breidenbach, Besitzer der Münchener Privatklinik „Carolinum“ hat zusammen mit 28 anderen Ärzten Verfassungsklage gegen das bayerische Versicherungsgesetz von 1933 erhoben...

Ettlinger Fasnacht 1951

Rattenball in der Stadthalle

Der Turn- und Sportverein Ettlingen veranstaltet am Samstag, den 27. Januar, 20 Uhr, wie alljährlich seinen Rattenball in der Stadthalle.

Maskenball des Harmonika-Spielrings

Wer mal recht lustig und froh sein will, der geht am Samstag, 27. Jan., zum Maskenball des Harmonika-Spielrings im Gasthaus zum „Hirsch“...

Fasnacht in der Spinnerlei

Wie schon kurz berichtet, bietet der Gesangsverein und Sportverein den Mitgliedern und deren Angehörigen sowie Freunden und Gönnern beider Vereine am Samstag, 27. 1., abends 19.30 Uhr einen Faschnachts-Unterhaltungsabend...

Gemeindepolitik nicht unterschätzen

Gutbesuchte Wahlversammlung der CDU

In einer Wahlversammlung der CDU am Donnerstagabend in der Stadthalle erläuterte Hauptlehrer Geisert zunächst das Wahlsystem bei der Wahl der neuen Gemeinderäte...

Reg.-Dir. Kühn verlangte die Stärkung seiner Partei von unten her, vor allen Dingen durch politische Schulung und durch Mitarbeit der Jugend...

Wählt auch Frauen

Der Überparteiliche Frauenring Ettlingen bittet uns um Aufnahme folgender Mahnworte zur Gemeinderatswahl:

Wähler und Wählerinnen!

Wieder sind wir am 28. Januar aufgerufen zur Wahl der Männer und Frauen, die nun für 6 Jahre unser aller Interessen auf dem Rathaus unserer Heimatstadt vertreten sollen...

An Euch, Ettlinger Frauen und auch Männer liegt es nun, den als Kandidatinnen der verschiedenen Parteien aufgestellten Frauen ebenfalls Euer Vertrauen auszusprechen...

Stimmen zur Gemeinderatswahl

Gesundes Wirtschaftsleben

Anlässlich der Gemeinderatswahl am 28. Januar ruft die Parteilose Wählervereinigung zur Stimmabgabe für sie und ihre Ziele auf...

Die Parteilose Wählervereinigung unterscheidet sich von den üblichen Parteien dadurch, daß sie nur in der Gemeinde und für die Gemeinde wirken will...

Die Ettlinger Geschäftswelt hat ein Recht darauf, von ihrer Gemeinde nicht nur als Steuerzahler gekannt, sondern auch bei Vergütung der städt. Aufträge gebührend berücksichtigt zu werden...

Daneben aber will — und dies ist ein wesentlicher Punkt ihrer Ziele — die Parteilose Wählervereinigung eine vernünftige Planung in der Ausgabenwirtschaft der Stadt...

Die Gemeinde ist die Keimzelle des Staates. Sie muß gesund sein und daß Ettlingen ein gesundes Wirtschaftsleben erhält...

Forderungen der DG — BHE

In der Wahlversammlung der DG — BHE am Donnerstagabend im „Engel“ sprach A. Kübelbeck über die Haltung der Vertriebenen in aktuellen Fragen...

Hauptlehrer Geisert wehrte sich gegen die Behauptung, die CDU stände im Schlepptau der Wählervereinigung. Die CDU sei der Meinung, diejenigen, deren Rechte auf dem Rathaus nicht richtig vertreten würden...

Einige Kandidaten der CDU stellten sich anschließend vor. Frh. Zollner sagte, daß sie sich aus drei verschiedenen Gründen für die Mitarbeit in der Gemeinde zur Verfügung stelle...

gibt ihre Fähigkeiten und ihr Können in verantwortlicher Stellung zu beweisen. Scheut Euch nicht, einer Frau Eurer eigenen Partei, die Euch durch ihr Wirken auf diesem und jenem Gebiet bekannt ist...

nen in aktuellen Fragen. Die Remilitarisierung sei so lang abzulehnen als die Vertriebenen noch nicht versorgt und die Gefangenen noch nicht heimgekehrt sind...

Gewerkschaftler

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Bürgerinnen und Bürger von Ettlingen! Der bisherige Verlauf des Wahlkampfes macht es notwendig, ebenfalls Stellung dazu zu nehmen...

Meine Herren von der Parteilosen Wählervereinigung! Die Sirenenklänge Ihrer bisherigen Verlautbarungen sind uns noch aus den Jahren 1930—1933 sehr gut in Erinnerung...

Sie nennen sich parteilos. Sie sind die alleinigen Steuerzahler. Sie besitzen nach Ihrer Meinung das Privileg, alle Menschen, die nicht rückhaltlos Ihre Ansichten gut heißen, zu degradieren und mit Dreck zu bewerfen...

Wir fragen Sie ehrlichen Herzens, welcher Volksteil bezahlt mehr und ehrlicher seine Steuern?

Wer hat nach dem Zusammenbruch des 1000-jährigen Reiches die Hauptlasten in erster Linie zu spüren bekommen?

Wer waren Sie denn, meine Herren, in den Jahren 1945—1948? Haben nicht die Arbeiter, Angestellten und Beamten unter unagischer Mühe den Karren wieder flott gemacht?

Wer arbeitete für dreidigitale Papierketten? Wer hielt eiserner Disziplin?

Wer versuchte auch auf kommunalpolitischem Gebiet nur das Bestmögliche zu schaffen? Sie nicht — meine Herren —; denn zu die-

ser Zeit gab es auch einträglichere Beschäftigungen.

Ihre arroganten Töne verfehlen bei uns Gewerkschaftern jedenfalls die Wirkung. Wir nehmen Kenntnis von der Ablehnung des Mitbestimmungsrechts Ihrerseits. Nur seien Sie bitte nicht so einfältig zu glauben, Ihr Spiel von ehemals je wiederholen zu können...

Im bisherigen Gemeinderat waren und sind auch weiterhin Gewerkschafter tätig. Die Bevölkerung von Ettlingen wird es jedenfalls feststellen können, daß mit Redensarten allein noch keine praktische Arbeit geleistet ist.

Nur ein arbeitsfähiger Gemeinderat wird für die Zukunft in der Lage sein, die notwendigen Dinge zu erledigen und die übergroßen Schwierigkeiten zu meistern.

Gewerkschafter, erfüllt Eure Wahlpflicht! Bevölkerung von Ettlingen, gib Deine Stimme den Kandidaten, von denen einwandfrei feststeht, daß sie die Belange der Allgemeinheit vertreten!

Wählt nicht die ewig Gestrigen auf das Rathaus, sondern Männer und Frauen, die in der Lage sind, fortschrittlich zu denken und zu handeln.

Deutscher Gewerkschaftsbund

Vorortskartell Ettlingen

Wili Ochs

Weder rechts noch links

Ein Anhänger der parteilosen Wählervereinigung schreibt uns.

Die Ausführungen des CDU-Wählers zum Thema: Wenn zwei sich streiten... entsprechen der alten Zentrumspraxis: links die Sozialdemokraten, rechts die Wählervereinigung, in der Mitte die CDU. Nach Belieben bildet man dann die Mehrheiten, d.h. man regiert.

Die Wählervereinigung wäre falsch beraten, wenn sie dieser Politik Vorschub leisten würde, ihr Wesen scheint mir auch verkannt zu sein. Ich halte sie weder für liberal noch für sozialdemokratisch...

Die Parteilose Wählervereinigung müßte aber dafür sorgen, daß die CDU Farbe bekommt. Durch diese Schaukampfpolitik hat sie in Ettlingen ihre Macht verloren...

vereins-Nachrichten

Heute abend: SPD

Bei der Wahlversammlung der SPD um 20 Uhr in der Stadthalle sprechen Bürgermeister MdL Rimmelpacher und die Gemeinderatskandidaten.

Die Parteilose Wählervereinigung hält ebenfalls um 20 Uhr ihre 2. Wahlversammlung im „Engel“ ab, bei der die Kandidaten sprechen werden.

Kirchenchor Herr-Jesu Ettlingen Heute Freitag abend: Männerchor. Nächsten Freitag: Ganzer Chor.

Um das Programm für das vorgesehene Konzert durchführen zu können, ist vollzähliges Erscheinen zu den Proben ungedingt erforderlich.

Kolpingfamilie Ettlingen

Am Montag, 29. Jan., abends 20 Uhr spricht im Nebenzimmer des „Rebstock“ zu den Kolpingsöhnen Direktor Ruf über die Entwicklung der Arbeiterschaft...

TuS Ettlingen — Abt. Fußball

Heute abend um 20 Uhr Spielerversammlung im Vereinslokal. Neben der Besprechung der Faschnachtsveranstaltung stehen noch einige andere wichtige Punkte auf der Tagesordnung...

Führungskräfte werden gesucht

In Ziegelhausen bei Heidelberg begann ein Kursus für mittlere Führungskräfte der Industrie. An dem Lehrgang, der von der „Arbeitsgemeinschaft für soziale Betriebsgestaltung“ in Ziegelhausen veranstaltet wird...

Über 400 Millionäre in Deutschland

Heute schon gebe es in Deutschland wieder über 400 Millionäre, erklärte am Mittwoch abend der Betriebsratsvorsitzende der BASF, Ernst Lorenz (MDL), in einer Angestelltenkundgebung in Ludwigshafen...

Hier spricht die CDU

Arbeiter, Sozialrentner, Steuerzahler!

Nur eine Partei, die ihren Rückhalt in Länder- u. Bundesparlamenten sowie Regierungen hat, kann uns auch in Ettlingen helfen! Für Interessengruppen und Eigenbrötler ist in unserer Zeit kein Platz mehr.

Deshalb: Deine Stimme nur der CDU!

Aus dem Albgau

Drei Vorschlagslisten für die Wahl Busenbach. Für die am Sonntag stattfindenden Gemeinderatswahlen wurden drei Wahlvorschläge eingereicht und den Wählern folgende Männer präsentiert: CDU: Hunzelmann Karl, Hunzelmann Paul, Bauer Karl, Mertz Bernhard, Vogel Franz Josef, Anderer Bertold, SPD: Reiser Karl, Gartner Konrad, Bauer Josef, Eisele August, Seiberlich Emil, Schulz Erich. Als neue Partei treten erstmals die Neubürger unter der Bezeichnung CDF auf den Plan. Ihre Kandidaten sind: Oberreither Georg, Mühlburg Anton, Reiser Josef, Müller Heinrich, Bucher Rupert, Reiter Josef.

Jahresberichte der Vereine Busenbach. Die Generalversammlung des Gesangsvereins 'Freundschaft' am letzten Samstag hatte einen sehr guten Besuch zu verzeichnen. Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes stellte eine rege Arbeit der Sänger im vergangenen Jahre fest. Die Sängerzahl hat einen erfreulichen Zuwachs, hauptsächlich an jungen Kräften erhalten, so daß der Verein unter dem tüchtigen und rührigen Dirigenten J. Gärtner mit Erfolg auftreten kann. Daß eine gute Zusammenarbeit auch seitens der Verwaltung herrscht, zeigte das einstimmige Vertrauen, das ihr vom Verein entgegengebracht wurde. Bei der Wahl zu den einzelnen Verwaltungsposten ergab sich keine Veränderung. Im Jahr 1951 sind verschiedene Veranstaltungen und Beteiligungen vorgesehen. Am Schlusse der harmonisch verlaufenen Versammlung dankte der Vorstand allen Mitgliedern für die gute Zusammenarbeit und gab dem Wunsche Ausdruck, daß dieser Zustand auch im laufenden Jahr anhalten möge, getreu dem Sängerspruch: 'Vom See bis an des Maines Strand, Heil deutschem Wort und Sang'.

Am Sonntag abend trafen sich die aktiven und passiven Mitglieder des Kirchenchores und Cäcilienvereins im St. Josefhäus zu einer Familienfeier. Der sonst geräumige Saal erwies sich zu klein, um all die Mitglieder und Angehörige der 'Musica sacra' zu fassen, so daß es viele vorzogen, wieder umzukehren. Ein buntes Programm von Liedern des Chores, Reigen und lustigen Schwänken, Theaterstücken und Dialogen unterhielten drei Stun-

den lang die Besucher der Familienfeier. Der Höhepunkt des humorvollen Programms war zweifellos das Auftreten des Regenschirmquartetts, bei dem die Ausführende durch ihre komische Mimik selbst etwaige Griesgramm aufhellte. Reicher Beifall war der Lohn an alle Mitwirkende für die unterhaltenden Stunden.

Ihren Geburtstag feierten: am 17. Januar Anna Keller ihren 84., 19. Jan. Maria Günther ihren 73., 23. Jan. Stefanie Vogel Wtw. ihren 74. und Helene Schuler ihren 70., am 30. Jan. Maria Neumeier Wtw., Hauptstraße 127, ihren 73. Wir gratulieren!

Die Zahltag der Renten für Februar sind: KB und Angestelltenrente am Montag, den 29. Januar, Unfall-, Invaliden-, Knappschaftsrenten und DBP am Donnerstag, 1. Februar.

Jahresplan des Musikvereins

Bruchhausen. Am Samstagabend fand im 'Hirsch' die Generalversammlung des Musikvereins statt. Nach der Begrüßung durch den 1. Vorstand F. Karl Karcher und Bekanntgabe des Geschäfts- und Kassenberichts wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Neuwahl brachte folgendes Ergebnis: 1. Vorstand wurde wieder F. K. Karcher, für den ausstehenden 2. Vorstand Emil Bach wurde Paul Bissinger gewählt, der zugleich auch Musikvorstand ist. Als Schriftführer wurde Hermann Dehm, der schon 28 Jahre das Amt führte, wiedergewählt. Herr Dehm wurde zum Ehrenmitglied ernannt. Auch der Kassier Adolf Kühn bleibt weiter im Amt. Als Beisitzer wurden Adolf Heinz VI, Josef Reuter I, Leopold Baldes, Gottfried Klein, Wilhelm Stemmler, Stefan Kiefer, Berthold Karcher und Franz Günther gewählt. Am Sonntag wird mit dem Gesangsverein 'Edelweiß' wieder ein Platzkonzert abgehalten. Die Kapelle des Vereins beteiligt sich bei den Musikfesten Durmersheim, Busenbach u. vielleicht Würmersheim. Wegen zu starker Inanspruchnahme wurde der gemeinschaftliche Malausflug mit dem Gesangsverein fallen gelassen, dagegen wurde die gemeinschaftliche Weihnachtsfeier mit dem Gesangsverein wieder beschlossen. Nach verschiedenen Aussprachen schloß der 1. Vorstand die Versammlung. Zwischeneinlagen von Musikvortrügen gaben der Versammlung ihr besonderes Gepräge.

Zwei parteilose Listen

Bruchhausen. Zur Gemeinderatswahl wurden zwei Wahlvorschläge eingereicht, beide von parteilosen Wählervereinigungen. Sie enthalten folgende Kandidaten:

- 1. Bohnstengel, Kurt, Ing.; Wölfe, Hermann, Kraftfahrer; Speck, Adolf, Techn. Zeichner; Kölmel, Franz, Kraftfahrer; Kiefer, Franz, Maurer; Stemmler, Wilh., Wagner.

- 2. Dehm, Herrn., Rb.-Betriebsass.; Eisele, Emil, Schlosser; Baldes, Leopold, Schlosser; Karcher, Berthold, Schreiner; Rast, Wilhelm, Zimmermann; Bissinger, Paul, Schlosser.

In beiden Listen erscheinen auch 2 der 6 ausscheidenden Gemeinderäte.

Heiterer Helmatabend

Reichenbach. Der große bunte Abend im Kronensaal findet nicht am 28., sondern am 27. Jan. statt. Die Gesamtleitung liegt in den Händen des Schriftstellers F. Zabka-Korff, der auch das Textbuch schrieb. Der 1. Teil ist betitelt 'Ein Helmatabend ernst und heiter' unter persönlicher Mitwirkung des Veranstalters. Es handelt sich hierbei um Darbietungen des jungen Künstlers, die in der Öffentlichkeit zum Teil schon Anklang gefunden haben. Der 2. Teil bringt Operetten, Artistik, Sketsche sowie anderes und steht unter dem Motto: 'Laßt uns fröhlich sein'.

Rentenauszahlung: KB- und Angestelltenrente am 29. 1., Unfall- und Invalidenrente am Donnerstag, den 1. 2. 1951.

Gemeinderat Theodor Becker scheidet aus

Schlüttenbach. Bei der letzten öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am vergangenen Freitag würdigte Bürgermeister Blödt die Arbeit des Kollegiums im letzten Jahr und darüber hinaus in den letzten 3 Jahren unter Mitwirkung des jetzt ausscheidenden Kollegen Theodor Becker. In 26 Sitzungen wurden 99 Beschlüsse gefaßt und 390 Rundverfügungen und sonstige Schreiben zur Kenntnis gebracht. Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1950 wurden 15 000 DM Unterstützungen, Unterhaltshilfe, Winterbeihilfe und einmalige Beihilfen zur Auszahlung gebracht. Ein schätzbare Denkmal der Tätigkeit des Kollegiums seien die mit Hilfe der Gemeinde erstellten 3 Wohnhäuser, darunter ein Haus für Neubürger mit insgesamt 8 neuen Wohnungen.

An Ausfallbürgschaften hat die Gemeinde mit 43 000 DM mit einem Drittel die Haftung übernommen. Außerdem hat sie im verflorbenen Jahr den Umbau des Dorfbrunnens, der unter Naturschutz steht, mit einem vorläufigen Kostenaufwand von 3000 DM in Angriff genommen. Diese Arbeit, die nach den Plänen des Wasserwirtschaftsamtes durchgeführt wird, konnte nur dank der Hilfe des Kreisrates mit der Befürwortung von Landrat Groß und des Wasserwirtschaftsamtes in Angriff genommen werden.

Der Bürgermeister sprach den Wunsch aus, daß der ausscheidende Gemeinderat Theodor Becker noch lange Jahre in Gesundheit der Gemeinde erhalten bleibt. Mit seiner positiven Mitarbeit für die Allgemeinheit habe er sich ein bleibendes Verdienst erworben. Zur Gemeinderatswahl ist nur ein Wahlvorschlag mit dem Kennwort 'Einheitsliste' eingegangen, was ein glänzendes Zeugnis für die Arbeit der letzten drei Jahre bedeutet. Es sind folgende Bewerber vorgeschlagen: die Gemeinderäte Heinrich Günter, Oswald Geiger und Johannes Geiger sowie der Kommandant der Feuerschutzwehr Rudolf Blödt. Die gesamten Wähler werden am kommenden Sonntag diesen vier Männern ihre Stimme geben.

Rheinwasserstand 25 1.: Konstanz 311 (- 1) Breisach 226 (- 18) Straßburg 318 (- 18) Maxau 500 (- 50) Mannheim 568 (- 63) Caub 548 (- 39)

Wettervorhersage

Bei meist starker Bewölkung und nur gelegentlicher Auflockerung vorübergehend auch etwas Regen. In der Ebene drei bis sieben Grad über Null. Nördliche Tiefsttemperaturen zum Teil unter dem Gefrierpunkt. Südöstliche bis südliche Winde.

Barometerstand Veränderlich Thermometerstand: (heute früh 8 Uhr) 3° 0'er 0

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Albgau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. - Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettlingen, Schöllbronner Straße 5, Telefon 187

Anzeigenannahme für Karlsruhe: Annoncen-Kratz oHG, Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 712

Table with 2 columns: Item name and Price. Includes 'Nochmals frischen Blumenkohl', 'Endivien 3 Stück', 'Kopfsalat großer 3 Stück', etc.

Man empfindet besonders jetzt in den Winter-Monaten, wo man sich am meisten in seiner Wohnung aufhält, wie nötig doch eine neue Tapete wäre. Wir bieten eine große Auswahl schönster Muster mit Rollen ab 1.- Mark! Jetzt ist die Zeit, wo Handwerker kurzfristig zur Verfügung stehen. Wieder Freude an der Frische und Gemütlichkeit im Heim, mit einer Tapete von...

Danksagung - Statt Karten. Für die vielen Beweise herrlicher Teilnahme bei dem Helmgange unserer lieben Verstorbenen Elisabeth Schweizer. Danken wir herzlich. Besonderen Dank dem hochw. Herrn Stadtpfarrer Weisk. Karl Schweizer. Ettlingen, den 26. Januar 1951.

BEKANNTMACHUNGEN. Nächste Rentenzahlungen! im Gasthaus zum 'Hirsch' (Nebenzimmer), Eingang v. Garten Montag, den 29. Januar 1951, von 8 bis 12 u. 14 bis 17 Uhr Körperbeschädigten- (Kb) und Angestelltenrenten (An). Donnerstag, den 1. Febr. 1951, von 8 bis 12 u. 14 bis 17 Uhr Invaliden-, Unfall- und sonstige Renten. Um Einhaltung der Auszahlungstage wird gebeten. Postamt

Wohin geht der Oststadtborger am Samstagabend zur Bürgermeisterwahl im Bunten Winkel. Es ladet ein Familie Franz Brecht Ende 6

Johanna Orleans. Ein Farbfilm, ein großartiges historisches Gemälde mit Ingrid Bergmanns schönster Rolle. Beachten Sie bitte die besonderen Anfangszeiten: Wochentags 18.00 20.45 Uhr, Samstag 16.00 18.45 21.30 Uhr, Sonntag 13.00 15.45 18.15 20.50 Uhr

Zur Kommunion u. Konfirmation. Konfirmanden-Anzüge blau, einfarbig v. gestreift 69.- 78.- 89.- 98.-. Konfirmanden-Anzüge dunkle Farben, auch sportl. 59.- 68.- 79.- 94.-. Kommunion - Anzüge ein- od. zweifarbige Formen 45.- 49.- 54.- 59.-. Kommunion - Anzüge blau, einfarb. od. gestreift 48.- 56.- 64.- 72.-. Kleiber DIE ZUVERLÄSSIGEN KLEIDERFAHLEUTE. KARLSRUHE - KAISER-STRASSE 209

Eier billiger. frische Häländer: K D 17 Pfg., K O 18 Pfg., K B 19 Pfg., K A 20 Pfg. Verkauf Samstag in der Markthalle und im Laden Mühlenstraße 33 bei Ott. Haarausfall Schuppen? Naturprodukte von Holzapotheker Schweizer: Echtes Brunnessel und Birkenhaarwasser 'Malengold', seit vielen Jahren bewährt. Flaschen mitbringen! 1/2 Liter - DM. 5.90. Nur zu haben bei Badische-Drogerie Sud. Chemnitz Ettlingen, Leopoldstr.

ZU KAUFEN GESUCHT. Sekretär od. Schreibschrank (alt) zu kaufen ges. Angeb. unter Nr. 252 an die EZ. Acker zu kauf. ges. Zu erf. unter Nr. 249 in der EZ.

PFANNKUCH. Sonderangebot Romadur 20 1/2, 125 g Stücke, in Staniol. 1 Stück 23 | 2 Stück 45. Plockwurst gut geräuchert, 100 g 54. Weitere Angebote: Blumenkohl schön weiß 3 Kopf -88. Orangen saftige 3 Pfund -95. Frischeier nochmals billiger! Kl. D 10 Stück 1.78, Kl. C 10 Stück 1.88. S. lan e Vorrat. PFANNKUCH

